

“Billig hat seinen Preis”

Pfarrer Peter Kossen beim Loccumer Kreis: Wie die Ausbeutung von Arbeitsmigranten funktioniert



Premiere für den Loccumer Kreis: Mit dem Vortrag von Pfarrer Peter Kossen war er erstmals in knapp 70 Jahren in der katholischen Kirche zu Gast.

FOTO: CHRISTIAN KOSAK

VON MICHAEL SCHÖN

Osterholz-Scharmbeck. Pfarrer Peter Kossen aus Lengerich hat in seinem Vortrag für den Loccumer Kreis die bedrückenden Umstände geschildert, unter denen Arbeitsmigranten in Deutschland schuften müssen. Er sieht sie durch einen latenten Rassismus begünstigt und stellte auf gut nachvollziehbare Weise den Zusammenhang zwischen der “modernen Arbeitsklaverei” einerseits und dem skrupellosen Umgang mit Tieren in Haltung und Handel sowie der Zerstörung der Umwelt andererseits dar.

In der katholischen Kirche am Waldweg, wo die Vortragsreihe erstmals in ihrer fast 70-jährigen Geschichte zu Gast war, ließ der Referent seine Zuhörer in gedrückter Stimmung und nachdenklicher Schweigsamkeit zurück. Anders jedenfalls war in der finalen Fragerunde, beim Loccumer Kreis obligatorisch, ihre Zurückhaltung nicht zu deuten. Wie zum Trost ließ der Theologe sein Publikum wissen, dass in der Fleischindustrie auch mit einem etwas geringeren Ausbeutungsgrad profitabel gewirtschaftet werden könnte, die Zustände also nicht so sein müssten, wie sie sind.

“In den Waren, die in der Kühltheke angeboten werden, beträgt der Anteil der Arbeit an den Produktionskosten nur etwa zehn Prozent”, berichtete Kossen. Wenn man also den Lohn der prekär Beschäftigten etwa nur verdoppeln würde, bekäme es der Konsument an der Kasse kaum zu spüren. Der Mindestlohn, so Peter Kossen, werde von dubiosen Subunternehmen umgangen und ausgehöhlt: durch eine Vielzahl unbezahlter Überstunden etwa. Auch seien über 300 Euro Miete monatlich für ein Bett “im vergammelten Mehrbettzimmer” keine Seltenheit. “Es ist das Eintrittsgeld für ein Beschäftigungs-

verhältnis.” Weitergedrückt werde der Lohn, indem dem Arbeiter die Benutzung von Werkzeug, anfallende Gebühren für Übersetzungen, Transport zur Arbeitsstelle und so weiter in Rechnung gestellt würden. “Mafiöse Zustände, die in einer sozialen Marktwirtschaft unter den Augen des Rechtsstaats geduldet werden.”

Forderung nach mehr Kontrolle

Der katholische Pfarrer fordert von Kontrollbehörden, dass sie Recht und Gesetz auch durchsetzen. Er sieht nicht nur die Politik in Berlin, sondern auch die Kommunen in der Verantwortung, endlich Abhilfe zu schaffen. „Billig, billig, billig hat einen hohen Preis.“ Die rücksichtslose Ausbeutung von Mensch, Tier und Umwelt schlage sich auch in Kosten nieder, für die der Sozialstaat aufkommen muss. “Wenn ich nicht selbst bereit bin, gute Arbeit gut zu bezahlen, muss es am Ende der Steuerzahler. “Die Sklaven der Fleischindustrie bleiben trotz schwerster Arbeit arm. Sie sind die Altersarmen von morgen. Und immer werden sie Sozialleistungen brauchen.“ Damit würde die Gesellschaft prekäre Beschäftigung durch Sozialtransfers ermöglichen. “Wir subventionieren indirekt und ohne Grund verantwortungslose Geschäftsmodelle.”

Die Wanderarbeiter, nicht selten aus Osteuropa und aus Ostasien stammend, würden nicht nur in der Fleischindustrie eingesetzt. Auch in der Pflege, dem Paketzustellendienst oder beim Glasfaserausbau herrschten prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die zwar immer wieder in die Schlagzeilen geraten, aber selten sanktioniert werden. Das Problem, so Kossen, bestehe darin, dass der Beschäftigte selbst dafür verantwortlich ist, dass seine Arbeitnehmerrechte durchgesetzt werden. Dazu seien aber Deutschkennt-

nisse eine Minimalvoraussetzung. Der Geistliche ist treibende Kraft im Verein „Aktion Würde und Gerechtigkeit“, der Arbeitsmigranten berät und notfalls auch auf dem Rechtsweg begleitet. “Sozial- und Integrationsberatung in der Muttersprache und Sprachkurse, die wir anbieten und die sich an die Arbeitszeiten anpassen, sind häufig ein erster Schritt.”

Kossen vermisst in unserer Gesellschaft Achtsamkeit für die Situation der Arbeitsmigranten und die Bereitschaft, ihre Integration zu unterstützen. Hinter dieser Ignoranz vermutet er einen latenten Rassismus, der sich dadurch ausdrücke, dass man von „Meyers Rumänen“ oder „Müllers Bulgarin“ spricht, anstatt den Pflegenden oder die Haushaltshelferin beim Namen zu nennen.

Blick in die Geschichte

Der Geistliche gewährte in seinem Vortrag auch einen Blick zurück auf eine Migrationsbewegung, die vor mehr als 300 Jahren im Oldenburger Münsterland, im Emsland und im Tecklenburger Land begann. Von Hunger und Not getrieben, seien Männer und Frauen in die reichen Niederlande gezogen, um sich dort saisonweise als Kanalarbeiter, Torfgräber und Grasmäher zu verdienen. “Kanalarbeiter zu sein, bedeutete, in Amsterdam oder anderen Städten die Fäkalien aus den Grachten zu schaufeln. Die Infektionsgefahr war hoch, entsprechend hoch war die Sterblichkeit der Arbeiter. Auf den Höfen durften sie die Wohnungen der Bauern nicht betreten; sie schliefen in Ställen und Scheunen.” Heute fände Migration unter anderen Vorzeichen statt. Die Ausbeutung von Arbeitsmigranten, das Ausnutzen ihrer Notlage und die ihnen gegenüber zum Ausdruck gebrachte Verachtung seien indes vergleichbar der Situation der Hollandgänger. “Allerdings

ist die Heimat der Arbeitsmigranten von damals nun zum Schauplatz moderner Sklaverei geworden.”

Razzia mit erschütternden Befunden

Die “Rheinische Post” berichtete kürzlich von einer Razzia, in deren Verlauf in 18 Sammelunterkünften in Kleve und Kranenburg, die der Logistik, Verpackungs- und Fleischindustrie zuzurechnen sind, verschiedenste Verstöße festgestellt wurden, angefangen bei der Missachtung von Melderechts- und Brandschutzregeln bis hin zum Verdacht von Mietwucher. Bei den Kontrollen fanden die Ordnungskräfte in alleine 17 Wohnungen so dramatische Zustände, dass diese direkt geschlossen wurden. Die Behörden berichten von offenen Stromleitungen, nicht isolierten Stromverteiler, fehlenden Brandmeldern und Feuerlöschern. Die Wasserversorgung war ausgefallen, Sanitäranlagen und Heizungen funktionierten nicht.

Pfarrer Peter Kossen beklagt, dass es in Deutschland eine “Zersplitterung” gebe, was die Zuständigkeit der Kontrollinstanzen angehe. “Die Verlagerung einer Leiharbeitsfirma ins Nachbar-Bundesland bedeutet oft schon das faktische Ende strafrechtlicher Verfolgung.” Unter dem Radar würden wirtschaftlich gesunde Unternehmen ohne Not öffentliche Leistungen wie Bürgergeld, Kindergeld und Wohngeld in ihre Lohnkalkulation einpreisen. Untersuchungen belegen, dass die Zahl sogenannter atypischer Beschäftigungsverhältnisse in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen hat. Kossen nennt das “eigentlichen Sozialbeitrag”. Es werde sich nichts verändern, wenn Zoll und Gewerbeaufsicht nicht rechtlich und personell in die Lage versetzt werden, effektiv die Einhaltung von Gesetzen zu kontrollieren.